

Haushaltsrede 2011

Frank Eschrich, Stadtratsfraktion DIE LINKE

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

viele Hoffnungen werden derzeit in den Entschuldungsfonds des Landes Rheinland-Pfalz gesetzt. Auch DIE LINKE begrüßt dieses Instrument grundsätzlich. Schließlich handelt es sich um eine Kernforderung linker Landes- und Kommunalpolitik, die seit Jahren erhoben wird. Entschuldung der Kommunen ja, aber nicht um jeden Preis.

Und leider kennen wir alle diesen Preis noch nicht. Insofern möchte ich die Euphorie, die allenthalben auszubrechen scheint, ein wenig dämpfen. Bekannt sind bisher nur die Eckdaten der Entlastung, aber nicht, wie der kommunale Eigenanteil aufgebracht werden soll und zu welchen Konditionen. Und damit wären wir beim ersten Knackpunkt. Es kann nicht angehen, dass heute Tilgungsraten und Konditionen für den zu erbringenden Eigenanteil für die nächsten 15 Jahre vertraglich zementiert werden und sich die Stadt zu den bereits bestehenden Knebelverträgen neue auf den Hals lädt. Bei der vertraglichen Vereinbarung zwischen Land und Kommune müssen also zukünftige gesamtwirtschaftliche Entwicklungen berücksichtigt und Veränderungs- und Ausstiegsklauseln eingebaut werden. Verschlechterte wirtschaftliche Bedingungen müssen durch flexible Vertragsteile aufgefangen werden können.

Für die laufenden Kassenkredite müssen jährlich 2,6 Millionen Euro Zinsen aufgebracht werden, Tendenz steigend. Die Zeit der niedrigen Zinsen ist vorbei. Das Haushaltsdefizit beläuft sich momentan auf rund 37 Millionen und befindet sich damit auf einem historischen Höchststand. Zudem wurden in den letzten Jahren bereits Haushaltssperren erlassen und notwendige Sachausgaben verschoben oder auf ein Minimum beschränkt. Auch diese Umstände müssen in die Vertragsbedingungen für den Entschuldungsfonds einfließen, wenn die gutgemeinte Entschuldung nicht zum klassischen Eigentor werden soll.

Mit Spannung erwarten wir also, wo und wie der Rotstift angesetzt werden soll. DIE LINKE wird die Haushaltskonsolidierung und damit einen Vertrag zur Entschuldung dort unterstützen, wo Einsparungen und Aufwandsverminderungen sinnvoll sind und sozial verträglich gestaltet werden können. Und um es klar auszusprechen: Kürzungen im sozialen und ökologischen Bereich und bei der dafür vorzuhaltenden notwendigen Infrastruktur sind mit der LINKEN definitiv nicht zu machen.

Wie die Landesregierung völlig unterschiedliche Ausgangslagen und wirtschaftliche Zukunftsaussichten der Kommunen in individuelle Entschuldungsverträge gießen will, ohne dabei allgemeine Gleichheits- und Gerechtigkeitsgrundsätze zu verletzen, bleibt bisher ihr Geheimnis. Das Ganze kommt der Quadratur des Kreises gleich und nicht umsonst wurden vor der Landtagswahl bisher nur die Wohltaten der Landesregierung öffentlich gemacht, nicht aber die dafür zu erbringenden Gegenleistungen der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zusammengefasst: Entschuldungsfonds ja, wenn die Bedingungen dafür sozial verträglich und nachhaltig sind und die Aufwendungen für das Haushaltsdefizit und die Belastungen der Entschuldung damit auch tatsächlich aus dem laufenden Haushalt aufgebracht werden können. Ansonsten würden die Schulden trotz oder gerade wegen des Entschuldungsvertrages weiter steigen – und dies kann wohl niemand ernsthaft wollen.

Und was in der bisherigen Debatte leider völlig zu kurz gekommen ist: Haushaltskonsolidierung bedeutet nicht nur Einsparen von nicht benötigten oder überhöhten Aufwendungen, sondern auch und gerade die Erhöhung der städtischen Einnahmen. Diese Einnahmenseite wird von der herrschenden Politik allerdings nicht nur nicht beachtet, sondern bewusst ausgeblendet. Die Erhöhung von Einnahmen und das Ausschöpfen brachliegender Finanzierungsquellen passen nicht in das neoliberale Konzept der Deregulierung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

richten Sie sich darauf ein: DIE LINKE will die Armen nicht reich und die Reichen nicht arm machen. Aber wir fordern eine gerechte Verteilung der Lasten und die besondere Berücksichtigung von Vermögenden und Besserverdienenden bei der Finanzierung des Gemeinwesens. Es ist nicht nur eine politische, sondern eine zutiefst moralische Frage, ob und wie diese Bevölkerungsgruppen in die Verantwortung für das Allgemeinwohl genommen werden. Und dabei sollte der Stadtkämmerer durchaus kreativ sein – er muss es sogar sein. Wir denken dabei nicht an die Sex-Steuer aus Oberhausen oder an die Essener Bräunungssteuer. Aber neuartige kommunale Abgaben für die Nutzung kommunaler Infrastruktur und Dienstleistungen oder die Einbeziehung bisher unberücksichtigter Einkommensgruppen und Vermögenswerte in das herkömmliche kommunale Steuern- und Abgabensystem dürfen beim Thema Haushaltskonsolidierung kein Tabu sein. Sie sind ein Muss, denn schließlich wird auf der Ausgabenseite ständig die tabulose Streichorgie gefordert, als sei dies selbstverständlich und schon immer so gewesen. Es sind aber gerade diese Normalisierung des Sozialabbaus und die Freistellung des Kapitals von Verantwortung, die die wirtschaftliche Dauermisere der vergangenen Jahrzehnte verursacht haben. Darüber müssen sich die politisch Verantwortlichen endlich klar werden und entsprechende Konsequenzen ziehen. Gerade auch auf kommunaler Ebene.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,

Entschuldung ist immer nur eine Notbremse, ein Instrument, das den knapp bevorstehenden Finanzkollaps gerade noch so verhindert. Dies gilt im Übrigen für alle sogenannten Rettungsschirme, die auf Bundes- und Landesebene neuerdings so gerne aufgespannt werden. Mit Sparen hat dies alles nichts zu tun, höchstens mit weniger Schulden machen. Dies sollte man den Menschen so auch sagen und nicht das Gegenteil behaupten. Aber nicht mal als Schuldenbremse taugt der Entschuldungsfonds. In Wirklichkeit sichert der Entschuldungsfonds lediglich die Zinsforderungen der Banken und erhält die Bonität der Kommunen für ein paar Jahre länger aufrecht. Eigentlich ist es ein Armutszeugnis, so etwas überhaupt ins Auge fassen zu müssen.

Es unterstreicht die an Dramatik nicht mehr zu überbietende Finanzsituation der Kommunen, dass es zum Entschuldungsfonds auch aus linker Sicht in der momentanen Haushaltsnotlage leider keine Alternative gibt.

Und apropos Bonität: Neuerdings werden nicht nur Dax-Unternehmen, sondern ganze Staaten „geratet“. In Griechenland führte die Verschiebung eines Kommas bei den internationalen Rating-Agenturen zum faktischen Staatsbankrott. In der deutschen Kapitalismushauptstadt Frankfurt geht man weiter: Nun sind die Städte und Gemeinden dran und werden vom Schreibtisch nadelgestreifter Analysten aus als mehr oder weniger kreditwürdig katalogisiert. Wollen wir wirklich zulassen, dass über das Schicksal der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt mit dem Daumen entschieden wird? Die Ironie daran ist, dass gerade die angeblich systemrelevanten Banken, die mit dem Geld der Steuerzahler vor ihrem Untergang bewahrt wurden, nun eine pseudo-wissenschaftliche Grundlage erhalten sollen, um den Kommunen noch höhere Zinsen abverlangen zu können, die sie dann ihren Anlageberatern als Boni auszahlen.

Meine sehr verehrten Ratskolleginnen und Ratskollegen,

wir erwarten ihren Aufschrei, auch wenn das Thema kommunales Rating nicht zu den originären Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung laut Gemeindeordnung gehört. Die Turbo-Kapitalisten stören sich daran nämlich nicht.

Wo lauter Schirme aufgespannt sind, gibt es keinen freien Blick mehr, der Horizont ist eng und leicht geraten Ursache und Wirkung durcheinander. Die Ursache für die Finanznot der Kommunen sind eben nicht gestiegene Sozialausgaben. Die Ausgaben für Soziales sind inflationsbereinigt pro Kopf der Bevölkerung seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts nämlich nicht gestiegen, sondern eher weniger geworden. Die sogenannte soziale Hängematte ist eine perfide Erfindung der neoliberalen Ideologen. Es ist schlicht und ergreifend ein Märchen, dass soziale Transferleistungen ständig zunehmen.

Woran liegt es also?

Die Kommunen sind blank, weil sich der Staat getreu dem neoliberalen Glaubensbekenntnis immer weiter aus der Verantwortung für seine Bürgerinnen und Bürger schleicht und die Politik – das Gestalten der Lebensverhältnisse - den Wirtschafts- und Lobbyverbänden überlässt. In den Kommunen wirkt sich das so aus, dass immer mehr Aufgaben von der Bundesebene nach unten durchgereicht werden – ohne dafür die notwendigen finanziellen Mittel bereit zu stellen. Hinzu kommt, dass sich der Bund immer weiter aus der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben zurückzieht. Kosten der Unterkunft, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit sowie Ausbau der Kindertagesbetreuung werden in wachsendem Maße durch die Kommunen allein finanziert.

Zu dieser Thematik haben sich schon so viele Verantwortliche mehr oder weniger klug geäußert, dass ich mich auf wenige Sätze beschränken will:

DIE LINKE fordert eine umfassende kommunale Finanzreform und die Verwirklichung eines strikten Konnexitätsprinzips – wer bestellt, bezahlt und zwar

vollständig mit allen direkten und indirekten Kosten der den Kommunen übertragenen Aufgaben.

Kommunale Finanzreform bedeutet vor allem:

1. Kompensationen für die Steuerausfälle, die den Kommunen durch das schwarz-gelbe Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstanden sind.
2. Sofortige Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an den Bund, damit den Gemeinden mehr von ihren eigenen Einnahmen auch zur Verfügung stehen.
3. Eine kommunale Investitionspauschale von 15 Milliarden Euro jährlich für Kommunen aus Bundesmitteln
4. Die Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Umsatzsteuer. Der derzeitige Anteil der Kommunen am Steueraufkommen beträgt 15 Prozent. Gemessen an den Aufgaben, die sie heute und künftig zu erfüllen haben, ist dies vollkommen unzureichend. Zum Vergleich: In Skandinavien erhalten die Kommunen zwischen 40 und 60 Prozent des Steueraufkommens.

Sehr geehrte Damen und Herren,

allen Bestrebungen, die Gewerbesteuer abzuschaffen, muss entschieden entgegengetreten werden. Ein kommunaler Aufschlag auf die Einkommensteuer und dafür die Gewerbesteuer abzuschaffen, wie von Schäuble gefordert, ist Unsinn. DIE LINKE unterstützt dagegen die Forderungen des Deutschen Städtetages: Keinen kommunalen Zuschlag auf die Einkommensteuer, keine Abschaffung der Gewerbesteuer. Ganz im Gegenteil: Die Gewerbesteuer muss zur Gemeindefortschrittssteuer weiterentwickelt werden. Die Bemessungsgrundlage muss verbreitert und bisher nicht gewerbesteuerpflichtige Unternehmer wie beispielsweise freiberuflich Tätige und freie Berufe müssen einbezogen werden.

Ebenso ist den Plänen entgegenzutreten, eine sogenannte Einfach-Grundsteuer einzuführen, die sich nur noch an Grundstücksgröße und Gebäudefläche orientiert, der aktuelle Immobilienwert aber außen vor bleibt und damit Lage, Wert und Zustand des Gebäudes keine Rolle mehr spielen. Eine Luxusvilla im Nobelviertel und ein altes, verfallenes Haus werden in diesem Modell auf die gleiche Bemessungsgrundlage gestellt, sofern sie die gleiche Größe besitzen. DIE LINKE fordert stattdessen eine Grundsteuer, die sozial und ökologisch orientiert sowie gerecht ist. Um eine verfassungskonforme Veranlagung zu gewährleisten, müssten Grundstücke auf Basis des tatsächlichen Verkehrswertes besteuert werden. Um zusätzlich den Flächenverbrauch drastisch zu reduzieren, naturnahe Nutzung zu stärken und Bodenflächen zu entsiegeln, muss dieser Verkehrswert bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage mit Flächennutzungs-Steuerklassen in Verbindung gebracht werden. Zudem setzt sich DIE LINKE dafür ein, die Abwälzung der Grundsteuer auf die Betriebskosten von Mietwohnungen auszuschließen.

Eine Finanzreform in dem hier skizzierten Sinne würde auch die Einnahmen der Stadt Pirmasens deutlich erhöhen. Der Abschluss eines Entschuldungsvertrages mit dem Land Rheinland-Pfalz würde wesentlich leichter fallen und viele soziale Härten blieben den Pirmasenserinnen und Pirmasensern möglicherweise erspart.

Um bei diesen Fragen mitreden zu können, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, muss man erst einmal mitreden wollen! Wenn sich der Stadtrat in Pirmasens aber weiterhin buchstabengetreu an die Vorschriften der Gemeindeordnung hält, wird daraus nichts werden! DIE LINKE fordert daher ein einklagbares und verbindliches Mitwirkungsrecht für Kommunen und bittet Sie, sich dafür einzusetzen, auch wenn es bis jetzt nicht in der rheinlandpfälzischen Gemeindeordnung steht!

Kommunen müssen in den Entscheidungsprozessen, die direkt oder indirekt Auswirkungen auf die Kommunen haben, frühzeitig und direkt einbezogen werden. Dazu ist ihnen im Grundgesetz ein verbindliches Mitwirkungsrecht einzuräumen. Nur so kann der Tendenz entgegengewirkt werden, dass auf Bundesebene Gesetze und Verordnungen verabschiedet werden, die finanziell zu Lasten der Kommunen gehen.

Sie geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie sagen in Ihrer Einbringung des Haushaltes zu Recht, dass die Sozialausgaben der Stadt Pirmasens den größten Brocken ausmachen und weitgehend über Schulden finanziert werden. Sie sagen aber nicht, dass dies nicht an der Höhe der Sozialleistungen an sich liegt, sondern an der strukturellen Unterfinanzierung durch den Bund. Im Gegenteil: Aus ihren Worten entnehme ich, dass Sie bei den Sozialausgaben sogar gerne den Rotstift ansetzen würden, wenn Sie es nur könnten und es keine Pflichtaufgaben wären.

In ihrer Einbringung des Haushaltes führen Sie weiterhin aus, dass ab 1. April diesen Jahres 92 Personen im Bundesprogramm Bürgerarbeit beschäftigt werden. Ist mir da etwas entgangen? Bis jetzt wurde der Hauptausschuss am 31. Mai 2010 lediglich darüber informiert, dass sich Pirmasens am Modell Bürgerarbeit beteiligen will. Von einem Beschluss des Stadtrates, dass Pirmasens die Bürgerarbeit tatsächlich einführt, ist mir nichts bekannt. Nun, bis zum 1. April ist ja noch etwas Zeit. Schon jetzt kann ich Ihnen sagen, dass DIE LINKE Bürgerarbeit in der bisher dargestellten Form ablehnen wird. Das Modell Bürgerarbeit ist nichts weiter wie die Einführung des amerikanischen Systems „workfare“ durch die Hintertür, das vor einigen Jahren von Ihrem Parteifreund Roland Koch nach dessen USA-Reise propagiert wurde – oder frei übersetzt nach Franz Müntefering: „Wer nicht arbeitet, braucht auch nicht zu essen.“

Durch die Einbettung der Sanktionsmaßnahmen des SGB II wird Bürgerarbeit zur Zwangsarbeit. Faktisch bedeutet Bürgerarbeit, dass die Betroffenen ihre Sozialleistungen selbst erarbeiten sollen, denn die vorgesehene Höhe des Bürgerarbeitslohns liegt im Regelfall nicht über dem Niveau von Hartz IV. Auch der Hinweis, dass tarifliche Bedingungen gelten sollen, erweist sich bei näherer Betrachtung als reine Augenwischerei und im Gegensatz zum auslaufenden Kommunal-Kombi entsteht durch Bürgerarbeit kein Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf der Investitionsseite ist der vorliegende Haushalt genauso mangelhaft wie in seiner gesamten, unsozialen und unökologischen Ausrichtung. Vor allem aber ist es unredlich, Investitionen in Bildung von 4,6 Millionen auf die politische Habenseite zu verbuchen, die auf der anderen Seite als Grund dafür herhalten sollen, dass im Jahr 2011 die Gesamtinvestitionen um mehr als 7 Millionen sinken. In Wirklichkeit stammen die Bildungsinvestitionen zum größten Teil - rund 4 Millionen Euro - aus dem Konjunkturpaket II, die vorwiegend in Brandschutz und bauliche Maßnahmen fließen. Viel Geld, das statt in Köpfe in Beton investiert wird.

Beim Zusammenstreichen der städtischen Investitionen dienen diese „Bildungsausgaben“, die tatsächlich für die Erfüllung gesetzlicher Auflagen verwendet werden, als Alibi dafür, dass die Investitionen quasi drastisch sinken mussten, weil die Mittel des Konjunkturpakets ja verbraucht sind. Investitionen, die zur Senkung der Investitionsquote führen? Eine seltsame Logik.

Gleichzeitig wirft der Entschuldungsvertrag auch bei den Investitionen seine Schatten voraus. Wie euphemistisch die Aussage ist, dass die jährlichen Investitionen nicht mehr den gewohnt hohen Stand erreichen werden, wird sich zeigen. Ich rede lieber Klartext: Freiwillige Leistungen sind faktisch nicht vorhanden oder so gering, dass sie im Haushalt keine Rolle spielen. Bei den Sozialausgaben kann – zum Glück für die Betroffenen – nicht gekürzt werden. Wo also - bitte schön - soll der Eigenanteil für den Entschuldungsvertrag herkommen, wenn nicht durch drastische Kürzungen bei den Investitionen? Ich sage Ihnen jetzt schon voraus, dass selbst die besten Konsolidierungsmaßnahmen die geforderten Volumina nicht hergeben werden.

Der Weg aus dieser Sackgasse darf aber nicht lauten, sich durch Streichung von Investitionen tot zu sparen. Der Weg kann nur sein: Maßvolle, sozial verträgliche Konsolidierung, Ausschöpfung neuer Einnahmequellen sowie die Beendigung der strukturellen Unterfinanzierung durch Bund und Land.

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Schluss kommen. Sollte im Rat oder in der Stadtverwaltung jemand planen, Entschuldung über den Verkauf des städtischen Tafelsilbers – sprich Stadtwerke und andere städtische Betriebe – zu betreiben, wird er auf den entschiedenen Widerstand der LINKEN stoßen. Die wirklich sinnvollen Zukunftsinvestitionen wie der Energiepark Winzeln stehen seit dem Atomlobbyistenbeschluss der Bundesregierung eh auf der Kippe. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wird den Kommunen nochmals Einkommensverluste von 4,5 Milliarden Euro bescheren und den Ausbau erneuerbarer Energien unter kommunaler Regie insgesamt in Frage stellen. Dazu kommt, dass sich die Stadtwerke Pirmasens an unsicheren Investitionen in Münchener Gesellschaften beteiligen, die Windkraftanlagen in der Nordsee bauen, statt den Energiepark vor der eigenen Haustür energisch voranzutreiben. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an unsere Resolution pro Energiepark Winzeln, die man im Stadtrat lieber auf Eis gelegt hat.

Dies alles führt nicht dazu, dass der Haushalt 2011 von der LINKEN als sozial ausgewogen, ökologisch sinnvoll und zukunftsorientiert betrachtet werden kann. Er ist ein reiner Nothaushalt, Verwaltung des Mangels und ohne Perspektiven für eine Stadt, die von Armut, Arbeitslosigkeit und Bevölkerungsschwund schwer gezeichnet ist. Die Anträge der Linksfraktion zur konkreten Verbesserung der Lebensumstände der davon betroffenen Menschen wurden allesamt abgelehnt. Die Landeshauptstadt der Kinderarmut und Arbeitslosigkeit will weiterhin ohne sozialpolitische Standards anderer Städte auskommen. Solchen Haushalten kann DIE LINKE nicht zustimmen.

Die Ratsfraktion DIE LINKE lehnt den Haushalt 2011 ab.

Frank Eschrich, Vorsitzender Ratsfraktion DIE LINKE